

# Freie Demokraten

Landesverband  
Thüringen **FDP**

## **Antragsbuch**

40. ordentlicher Landesparteitag der  
FDP Thüringen

08. Oktober 2022

Sömmerda

## INHALTSVERZEICHNIS

NR	INHALT	SEITE
01	Antragsinhalt: It's the economy, stupid! - In der Krise die mittelständische Wirtschaft fest im Blick  Antragsteller: Thomas L. Kemmerich, Patrick Frisch, Tim Wagner, Gerald Ullrich, Robert-Martin Montag	2
02	Antragsinhalt: Thüringen 2030 aus den Augen unserer Kinder - Aus der Mitte heraus unseren Freistaat zukunftsfest gestalten  Antragsteller: KV Jena – Saale – Holzland	6
03	Antragsinhalt: Faire Finanzierung für freie Schulen  Antragsteller: Junge Liberale Thüringen, Franziska Baum, Marco Göring	13
04	Antragsinhalt: Neuausrichtung der Liberalen Ampelpolitik  Antragsteller: Michael Schubert	14
05	Antragsinhalt: Reform der Gesetzlichen Krankenversicherung JETZT: Strukturen neuordnen, Entlastungspotenziale ausschöpfen, langfristige Finanzierungssicherheit schaffen  Antragsteller: LFA IV, Kreisverband Wartburgkreis-Eisenach	15
06	Antragsinhalt: Investoren im Gesundheitswesen als Baustein einer bedarfsgerechten Versorgung  Antragsteller: LFA IV, Kreisverband Wartburgkreis-Eisenach	18

## 40. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen

am 08. Oktober 2022 in Sömmerda

---

### ANTRAG-NR. 01

---

Antragsinhalt: It's the economy, stupid! - In der Krise die mittelständische Wirtschaft fest im Blick

Antragsteller: Thomas L. Kemmerich, Patrick Frisch, Tim Wagner, Gerald Ullrich,  
Robert-Martin Montag

---

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Die Außen-, Wirtschafts-, Energie- und Handelspolitik der letzten 20 Jahre muss angesichts  
2 der aktuellen politischen und wirtschaftlichen Lage grundsätzlich neu bewertet und  
3 ausgerichtet werden. Zu lange und in zu vielen politischen Kernbereichen hat die alleinige  
4 "Politik auf Sicht fahren" der Bundesregierungen und die Politik des billigen Geldes der  
5 Zentralbanken es befördert, dass strategische Weichenstellungen unzureichend angegangen  
6 wurden. Dazu zählt auch die Politik der billigen Energie zu Lasten einer zu großen alleinigen  
7 Abhängigkeit von Russland, deren Folgen die deutsche Gesellschaft und Wirtschaft heute  
8 durch eine unsichere Energieversorgung und einen existenzbedrohenden Anstieg der  
9 Energiepreise dramatisch spüren.  
10 Es ist die Kernaufgabe eines modernen Staates der Bevölkerung und den Unternehmen eine  
11 sichere und bezahlbare Energieversorgung zu garantieren. Die gravierenden Folgen des  
12 Krieges in der Ukraine und der politischen Fehleinschätzungen in den vergangenen Jahren  
13 haben unmittelbare Auswirkungen auf unser Land – individuell, gesellschaftlich und  
14 wirtschaftlich. Dabei hat die Coronapandemie unsere Gesellschaft in den letzten zwei Jahren  
15 bereits vor historische Herausforderungen gestellt. Die mit der Pandemie einhergehenden und  
16 durch den Krieg zusätzlich verstärkten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Folgen haben  
17 viele Menschen und Unternehmen hart getroffen.  
18 Unsere freiheitliche Soziale Marktwirtschaft wird durch eine hohe Inflation zusätzlich unter  
19 Druck gesetzt. Neben der Sorge um unsere Sicherheit und die Energieversorgung beschäftigt  
20 viele Menschen in Deutschland, dass das alltägliche Leben teurer wird – sei es beim  
21 Einkaufen, Tanken oder Wohnen. Es gilt jetzt, schnell und entschlossen die  
22 Handlungsfähigkeit Deutschlands zu stärken und in dieser Krise vor allem auch die kleinen  
23 und mittelständischen Unternehmen mit ihren Beschäftigten fest in den Blick zu nehmen.

24

25 **Die Freien Demokraten Thüringen fordern:**

26

27 **1. Sofortiges Abgaben-Belastungsmoratorium und staatliche Entlastungen auf Energie**  
28 Wir fordern ein sofortiges Belastungsmoratorium in Deutschland und der EU. Angesichts der  
29 wirtschaftlichen Herausforderungen und Unsicherheiten sollten Unternehmen nicht mit  
30 zusätzlich steigenden Abgaben auf Energie belastet werden. In diesem Zusammenhang ist es  
31 zwingend erforderlich die Energiepreise von staatlichen Nebenkosten entlasten. Zum einen  
32 muss der geplante Erhöhungspfad der CO<sub>2</sub>-Steuer in den Jahren 2023 bis 2025 ausgesetzt  
33 werden und in die Folgejahre verschoben werden. Zum anderen müssen die  
34 Durchleitungskosten vorübergehend aus Steuermitteln finanziert und eine befristete  
35 Steuersenkung auf Energie durchgesetzt werden. Energie ist das Blut der Wirtschaft. Wenn  
36 die Energie nicht in ausreichender Menge fließt, stirbt die Wirtschaft. Energie muss für  
37 Privathaushalte wie auch für die Wirtschaft bezahlbar bleiben. Deshalb müssen die vom Staat  
38 unmittelbar beeinflussbaren Faktoren jetzt auch zu Entlastungen eingesetzt werden.  
39 Zum Belastungsmoratorium zählt ebenfalls, dass Unternehmen nicht mit zusätzlicher  
40 Bürokratie belastet werden, ohne jeweils mindestens im gleichen Umfang von Bürokratie  
41 entlastet zu werden. Deshalb fordern wir bis zum Ende der aktuellen Krisensituation die  
42 radikale Beschleunigung von allen Genehmigungsverfahren für den Ausbau von

## 40. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen

am 08. Oktober 2022 in Sömmerda

---

### ANTRAG-NR. 01

---

Antragsinhalt: It's the economy, stupid! - In der Krise die mittelständische Wirtschaft fest im Blick

Antragsteller: Thomas L. Kemmerich, Patrick Frisch, Tim Wagner, Gerald Ullrich,  
Robert-Martin Montag

---

Der Landesparteitag möge beschließen:

43 Energieinfrastruktur, um die Bevölkerung und Unternehmen zu entlasten, sowie  
44 Exportvereinfachungen und das europaweite Zurückfahren von Zöllen, um Exporte in andere  
45 - nicht sanktionierte Länder - zur Kompensation des wegfallenden Russlandgeschäfts leichter  
46 exportieren zu können, um Unternehmen zu unterstützen.  
47

### 48 **2. Abbau kalte Progression und Unternehmenssteuerreform voranbringen**

49 Wer ein normales Gehalt bezieht und für seine Familie sorgt, muss auch enorme Lasten durch  
50 Energiepreise und Inflation schultern. Daher muss die Entlastung auch die hart arbeitende  
51 Mitte unseres Landes erreichen. Der im Entlastungspaket III angekündigte Abbau der kalten  
52 Progression muss zeitnah konsequent umgesetzt werden.

53 Dabei muss auch eine Unternehmenssteuerreform zwingend angegangen werden. Hierzu  
54 zählen vor allem die schrittweise Abschaffung des Solidaritätszuschlages auf Körperschaften,  
55 u.a. mit einem Freibetrag auf den Gewerbeertrag in Höhe von 750.000 Euro.

56 Auch die Aufbewahrungsfristen für Buchungsbelege und andere steuerrelevante Unterlagen  
57 müssen verkürzt werden. Derzeit müssen diese Belege grundsätzlich bis zu zehn Jahre  
58 aufbewahrt werden. Diese Pflicht zwingt Betriebe teilweise dazu, Lagerräume für die  
59 aufzubewahrenden Dokumente anzumieten. Bei elektronischen Dokumenten müssen sie die  
60 Software und Hardware- Umgebung nebst Support auch dann noch aufrechterhalten, wenn  
61 bereits eine andere IT-Struktur vorhanden und eine andere Software verwendet wird. Wir  
62 schlagen daher vor, die Aufbewahrungsfristen stufenweise von zehn auf fünf Jahre zu  
63 verkürzen.  
64

### 65 **3. Stabilisierung unserer Währung und dem Anstieg der Inflation entschlossen** 66 **entgegenwirken**

67 Aktuell verliert unsere Euro-Währung an Wert gegenüber dem US-Dollar, der internationalen  
68 Handelswährung. In deren unmittelbaren Folge verteuern sich deutsche und europäische  
69 Energie-Importe zusätzlich, da Energie in US-Dollar gehandelt werden. Gleichzeitig profitiert  
70 unser Export nicht vom schwachen Euro, da wir noch immer unter Störungen der Lieferketten  
71 leiden. Uns fehlen auch die Grundlagen um mehr zu produzieren: Arbeitskräfte, Energie,  
72 Rohstoffe etc. sind derzeit nicht ausreichend verfügbar. Hier muss der Bundeswirtschafts- und  
73 Energieminister mit seiner Ressortverantwortung endlich Zeichen setzen. Der politische  
74 Traum einer sozialen, ökologischen Transformation unserer Volkswirtschaft mit all seinen  
75 ideologischen Blüten gefährdet den Wirtschaftsstandort Deutschland. Denn eine solche  
76 Transformation in der Krise mit dieser brachialen Gewalt durchzusetzen, führt zur De-  
77 Industrialisierung unseres Landes, der größten Volkswirtschaft Europas und weiteren  
78 sozialen Verwerfungen, welches den inneren Zusammenhalt unserer Gesellschaft gefährdet.  
79 Auch dem weiteren Anstieg der Inflation muss entschlossen entgegengewirkt werden. Eine  
80 immer weitere ansteigende Inflation enteignet schleichend die Verbraucherinnen und  
81 Verbraucher sowie Sparerinnen und Sparer gleichermaßen. Die Inflationsbekämpfung ist in  
82 erster Linie Aufgabe der unabhängigen Europäischen Zentralbank. Aber mit  
83 verantwortungsvoller Finanzpolitik muss auf allen politischen Ebenen auch die Regierungen

## 40. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen

am 08. Oktober 2022 in Sömmerda

---

### ANTRAG-NR. 01

---

Antragsinhalt: It's the economy, stupid! - In der Krise die mittelständische Wirtschaft fest im Blick

Antragsteller: Thomas L. Kemmerich, Patrick Frisch, Tim Wagner, Gerald Ullrich,  
Robert-Martin Montag

---

Der Landesparteitag möge beschließen:

84 ihren Beitrag leisten. Schuldenvermeidung ist Inflationsschutz. Das Einhalten der  
85 Schuldenbremse somit geboten.  
86 Insbesondere eine neue Euro-Schuldenkrise muss mit aller Kraft verhindert werden. Die  
87 Vergemeinschaftung von Risiken und/oder Schulden sowie das Aufweichen von Regeln sind  
88 daher nicht zielführend. Auch eine zusätzliche und erweiterte Darlehensaufnahme durch die  
89 Europäische Kommission im Namen der Europäischen Union lehnen wir ab. Vielmehr sind  
90 solide Haushalte die Basis für nachhaltiges Wachstum

91

#### 92 **4. Sozialabgaben-Quote unter 40 Prozent senken**

93 Wir fordern die generationengerechte und krisenfeste Ausgestaltung unserer sozialen  
94 Sicherungssysteme. Diese Zukunftsaufgabe muss endlich entschlossen angegangen werden,  
95 um u.a. auch die Sozialabgaben-Quote schnellstmöglich wieder unter 40 Prozent zu senken.  
96 Mit der Einführung der Aktien-Rente ist ein erster Schritt getan. Weitere Reformen bspw. im  
97 Bereich der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) und der Pflegeversicherung, müssen  
98 folgen. Dies ist nicht nur ein Gebot der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit, sondern auch  
99 der Generationengerechtigkeit. Zielgerichtete Reformen verhindern zudem, dass die  
100 Arbeitgeber-Bruttolöhne weiter durch steigende Sozialversicherungsbeiträge zusätzlich erhöht  
101 werden. Es ist auch ein Gebot der wirtschaftlichen Kaufkraft der Beschäftigten, deren Netto-  
102 Löhne durch eine steigende Abgabenlast nicht weiter gesenkt werden dürfen. Nicht zuletzt der  
103 demographische Wandel erfordert ein Umdenken hin zu einem modernen und nachhaltig  
104 finanzierten Sozialstaat im Einklang mit den Grundätzen der Sozialen Marktwirtschaft, wie  
105 bspw. die paritätische Verteilung der Sozialversicherungsbeiträge, welche durch  
106 Arbeitnehmer und Arbeitgeber gleichermaßen getragen werden. Bei der Ausweitung der  
107 Midijobgrenze auf 2.000 Euro fordern wir, dass es sich nicht wiederholen darf, dass die  
108 Arbeitgeber bei den Sozialversicherungsbeiträgen über die paritätische Verteilung hinaus  
109 weiter zusätzlich belastet werden. Zugleich fordern wir in der ganzen Gleitzone eine sofortige  
110 Rückkehr zum Grundprinzip der paritätischen Verteilung bei den Arbeitgeber-  
111 Sozialversicherungsbeiträgen. Eine etwaige Reduzierung der Arbeitnehmerbeiträge vom  
112 paritätischen Beitragssatz ist davon unberührt.

113

#### 114 **5. Bürokratieabbau ernst nehmen und Entfesselungsgesetz auf den Weg bringen**

115 Angesichts der wirtschaftlichen Herausforderungen und Unsicherheiten sollten Unternehmen  
116 nicht mit zusätzlicher Bürokratie belastet werden, ohne jeweils mindestens im gleichen  
117 Umfang von Bürokratie entlastet zu werden. Darüber hinaus gehend fordern wir ein  
118 Bürokratieabbau-Entfesselungsgesetz sowohl auf Landes-, Bundes als auch auf europäischer  
119 Ebene. Unverzüglich umzusetzen sind:

120 Die Abschaffung der Dokumentationspflichten beim Mindestlohn: Die  
121 Dokumentationspflichten führen besonders bei kleinen und mittelständischen Unternehmen,  
122 die ohne eigene Personalabteilung sind, häufig zu einem Papierkrieg. Die minutengenaue  
123 Aufzeichnungspflicht inkl. Pausen verhindert eine flexible Gestaltung des Arbeitsalltags. So  
124 werden zum Beispiel Home-Office- Lösungen gesetzlich erschwert.

## 40. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen

am 08. Oktober 2022 in Sömmerda

---

### ANTRAG-NR. 01

---

Antragsinhalt: It's the economy, stupid! - In der Krise die mittelständische Wirtschaft fest im Blick

Antragsteller: Thomas L. Kemmerich, Patrick Frisch, Tim Wagner, Gerald Ullrich,  
Robert-Martin Montag

---

Der Landesparteitag möge beschließen:

125 Ein Moratorium auf Informationspflichten: Die deutsche Wirtschaft leidet vom Solo-  
126 Selbstständigen bis zum Großkonzern unter den Folgen der Corona-Pandemie. Besonders  
127 jetzt ist es wichtig, den Unternehmen den Rücken vor neuen, belastenden  
128 Informationspflichten freizuhalten, die erheblichen bürokratischen Aufwand, personelle und  
129 finanzielle Ressourcen fordern. Wir fordern daher keine neuen Belastungen durch  
130 Informationspflichten oder zusätzlichen Erfüllungsaufwand einzuführen. Bereits beschlossene  
131 Regelungen sollten geprüft und weitestgehend ebenfalls aufgeschoben werden.  
132 Die Spätere Sozialabgabenfälligkeit: Die bürokratische Belastung von personalintensiven  
133 Betrieben erhöht sich durch die Fälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge vor Ende des  
134 laufenden Monats enorm, wenn die Arbeitszeit nicht nach festen Mustern abgeleistet wird.  
135 Unternehmen sind in diesem Fall verpflichtet, ihre Beiträge für den Rest des Monats zu  
136 schätzen und mögliche Differenzen bei der nächsten Überweisung zu verrechnen. Deshalb  
137 müssen Unternehmen die zwölf Berechnungen für jeden Monat doppelt erarbeiten und somit  
138 24 Berechnungen der Sozialversicherungsbeiträge vornehmen. Eine Fälligkeit zu einem  
139 späteren Zeitpunkt des Folgemonats würde Schätzungen und Neuberechnungen ersparen und  
140 den Betrieben außerdem Liquidität zurückgeben.  
141 Eine Initiative der Bundesregierung zur Änderung der Richtlinie 2003/88/EG: Nach dem  
142 Urteil des EUGH und des BAG droht eine bürokratisch aufwendige und schwer ausführbare  
143 neue Gesetzgebung zur Arbeitszeiterfassung. Bereits jetzt müssen Arbeitgeber die Arbeitszeit  
144 ihrer Arbeitnehmer, die über die tägliche Arbeitszeit hinausgeht, aufzeichnen. Sie bleiben  
145 auch dann dafür verantwortlich, wenn der Arbeitnehmer die Arbeitszeit selbst dokumentiert.  
146 Da spätestens seit der Corona-Krise viele Unternehmen Vertrauensarbeitszeit oder mobiles  
147 Arbeiten und Homeoffice anbieten, stellt die Aufzeichnung der Arbeitszeit für viele in der  
148 Praxis ein Problem dar und erschwert innovative Arbeitsformen. Arbeitgeber sollten die  
149 Möglichkeit erhalten, die Pflicht zur Aufzeichnung der Arbeitszeit dem Beschäftigten  
150 verbindlich zu übertragen. Dies gilt insbesondere für Arbeitnehmer mit Vertrauensarbeitszeit  
151 sowie flexible Arbeitsformen wie mobiles Arbeiten oder Homeoffice.

152

#### **6. Neue Märkte erschließen und Stabilität in den Lieferketten ermöglichen**

153 Wirtschafts- und Energiepolitik ist auch Sicherheitspolitik und sichert unsere Freiheit. Neuen  
154 Abhängigkeiten muss durch eine gezielte Diversifizierung der Energieversorgung vorbeugen  
155 und wirtschaftliche Abhängigkeiten dürfen die außenpolitische Handlungsfähigkeit  
156 Deutschlands nicht beeinträchtigen. Dazu müssen wir neue Märkte erschließen und  
157 Handelshemmnisse abbauen. Interessengeleitete Wirtschafts-Diplomatie ist gefragt. Diversität  
158 in den Lieferketten führt - auf Grund kleinerer Abnahmemengen vom Einzelnen Lieferanten -  
159 potentiell zu einer Steigerung der Preise. Dem kann durch Freihandelsabkommen und Abbau  
160 von Zollschränken entgegengewirkt werden. Neben Verhandlungen von weiteren  
161 Freihandelsabkommen (u.a. TTIP), müssen bereits endverhandelte Freihandelsabkommen,  
162 wie bspw. CETA, unverzüglich bis zum Jahresende ratifiziert werden.

164

#### **Begründung:**

165 Erfolgt mündlich  
166

## 40. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen

am 08. Oktober 2022 in Sömmerda

---

### ANTRAG-NR. 02

---

Antragsinhalt: Thüringen 2030 aus den Augen unserer Kinder - Aus der Mitte heraus unseren Freistaat zukunftsfest gestalten

Antragsteller: KV Jena – Saale – Holzland

---

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Die Welt ist im Wandel und die Herausforderungen für unser Leben wachsen mit jedem Tag.  
2 Thüringen muss endlich beginnen, notwendige Aufgaben anzugehen, um unseren Freistaat  
3 zukunftsfest zu gestalten. Leider müssen wir nach 8 Jahren rot-rot-grüner Koalition  
4 beobachten, wie die Kernaufgaben des Staates vernachlässigt werden, während der  
5 Landeshaushalt immer weiter aufgebläht wird.  
6 Im aktuellen Bildungsmonitor wird Thüringen bei genauerer Betrachtung in den Bereichen  
7 Ineffizienz und Digitalisierung entscheidende Defizite bei der Zukunftsfähigkeit des  
8 Bildungswesen attestiert. Die Mittel für den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs,  
9 insbesondere für die Anschaffung von Straßenbahnen und Busse, gehen zurück. Der  
10 Betreuungsschlüssel in den Kindergärten ist der dritt schlechteste in Deutschland. Thüringen,  
11 die Wiege des Deutschen E-Commerce, das Land der Erfinder des MP3-Formats, belegt  
12 sowohl im Digitalmonitor von 2020 sowie im Onlinezugangsgesetz (OZG) Dashboard des  
13 Bundes das Mittelfeld und ist nur noch Mittelmaß.  
14 In den nächsten Jahren müssen in Thüringen gemeinsam mit den Menschen  
15 Modernisierungen und Veränderungen auf den Weg gebracht werden. Wir erleben  
16 gegenwärtig, wie die politische Polarisierung in Thüringen das Gegeneinander fördert, anstatt  
17 das Gemeinsame zum Wohle aller Generationen in Thüringen in den Mittelpunkt zu stellen.  
18 In den letzten Jahren ist der sprichwörtliche Kuchen stetig gewachsen und die Regierung  
19 konnte stetig neue Geschenke machen, um ihre Uneinigkeit zu kaschieren. Angesichts  
20 knapper Haushaltsressourcen wird dies in den kommenden Jahren nicht mehr möglich sein.  
21 Daher müssen jetzt Prioritäten gesetzt werden. Die Priorisierung heute entscheidet über die  
22 zukünftige Stabilität Thüringens.  
23 Die demokratischen Parteien in Thüringen sind in der Verantwortung bei der nächsten  
24 Landtagswahl dafür einzutreten, dass Thüringen die Zukunftsaufgaben aus der Mitte der  
25 Gesellschaft angeht, mit einer parlamentarischen Mehrheit ohne Stimmen von Parteien der  
26 linken und rechten Seite. Wir Freien Demokraten sind überzeugt dass Thüringen nach dem  
27 Vorbild Sachsen-Anhalts mit einer parlamentarischen Mehrheit im Sinne einer "Deutschland-  
28 Koalition" am Besten die notwendigen Modernisierungsschritte erfolgreich angehen kann, um  
29 aus Verantwortung für alle Generationen Thüringens Zukunftsaufgaben bis 2030 zu meistern.  
30 Mehrere Legislaturen R2G, das kann man in Berlin sehen, bedeuten, dass früher oder später  
31 die grundlegenden Aufgaben des Staates nicht mehr wahrgenommen werden können. Jüngst  
32 konnten in Berlin nicht einmal mehr die freie, gleiche und geheime Wahlen gewährleistet  
33 werden. Soweit dürfen wir es in Thüringen nicht kommen lassen.  
34 Aus den Augen unserer Kinder sehen wir bis 2030 in folgenden Themenfeldern wichtige und  
35 notwendige Modernisierungs- und Verbesserungsaufgaben, um unseren Freistaat aus der  
36 Mitte heraus zukunftsfest zu gestalten.

37

#### 1. Höchste Priorität für die Qualitätsentwicklung in unseren Kindergärten

38 Die Freien Demokraten Thüringen fordern von der Landesregierung endlich ein klares  
39 Bekenntnis zur Qualitätsverbesserung in den Thüringer Kindergärten. Nach elf Jahren  
40 Unterstützung durch den Bund und gelungenem Kompetenzaufbau in der Fläche und dem  
41

Antragsinhalt: Thüringen 2030 aus den Augen unserer Kinder - Aus der Mitte heraus unseren Freistaat zukunftsfest gestalten

Antragsteller: KV Jena – Saale – Holzland

Der Landesparteitag möge beschließen:

42 Ziel, erfolgversprechende Ansätze zu erproben und den Transfer der Ergebnisse in die Praxis  
43 zu unterstützen, ist jetzt das Land Thüringen am Zug seiner Verantwortung gerecht zu  
44 werden. Wir fordern, dass die weiter frei zur Verfügung stehenden Mittel aus dem Kita-  
45 Qualitätsgesetz für die Qualitätsentwicklung genutzt werden, um u.a. Sprach-Kitas dauerhaft  
46 zu etablieren, den Betreuungsschlüssel zu verbessern oder in die Neugestaltung von Räumen  
47 und Spielflächen zu investieren. Denn frühkindliche Bildung braucht einen ganzheitlichen  
48 Fokus und weniger Projekteritis.  
49 Durch das Bundesprogramm „Sprach-Kitas“ sind Strukturen und Ansätze entstanden, die  
50 erfolgreich erprobt sind. Jetzt gilt es, die aufgebauten Qualitätsstandards zu halten und  
51 auszubauen. Die Linke-geführte Thüringer Landesregierung muss dafür sorgen, dass die  
52 Qualität in unseren Kindergärten weiterhin Priorität hat. Daher muss das Land die  
53 notwendigen Mittel über ein entsprechendes Landesprogramm zur Verfügung stellen.  
54 Zur Unterstützung von Familien und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf fordern wir bei  
55 den Kinderbetreuungskosten eine Vereinfachung im Steuersystem, in dem es zukünftig  
56 möglich sein soll alle Kosten der Kinderbetreuung vollständig als Sonderausgaben abzusetzen  
57 ohne prozentuale Deckelung und Höchstbetrag.

58

## 59 **2. Investitionsoffensive für Schulen, endlich auf der Höhe der Zeit**

60 Die Thüringer Schulen sollen die Zukunftswerkstätten für unsere Kinder sein, denn Bildung  
61 ist die elementare Voraussetzung für individuelles Vorankommen und ein selbstbestimmtes  
62 Leben. Die Chance zum sozialen Aufstieg hängt heute mehr denn je von einem erfolgreichen  
63 Bildungsweg ab. Wir Freie Demokraten Thüringen wollen, dass jeder Mensch sein volles  
64 Potenzial ausschöpfen kann – und das ein Leben lang. Deshalb arbeiten wir dafür, dass  
65 modernste Bildung in Thüringen zum Standard wird, Schulen in Zukunft den Fortschritt  
66 willkommen heißen, die Eigenverantwortung der Schulen in Thüringen mit eigener  
67 Personalverantwortung weiter gestärkt wird und in diesem Innovationsprozess alle wichtigen  
68 Akteure gleichermaßen aktiv beteiligt werden. Alle Schulakteure müssen mehr dabei  
69 unterstützt werden, Schule im digitalen Zeitalter neu zu denken, innovative Konzepte  
70 anzustoßen und diese gemeinsam vor Ort umzusetzen.  
71 Umso wichtiger ist es, den Investitionsstau sowohl in den Thüringer Schulen als auch in den  
72 Schulsport-Einrichtungen konsequent weiter abzubauen. Dieser Prozess muss beschleunigt  
73 und entbürokratisiert werden von kostenintensiven, aufwändigen  
74 Wirtschaftlichkeitsrechnungen sowie sachfremden Formalien im Vergabe- und  
75 Abrechnungsverfahren der einzelnen Leistungen. Zugleich ist mehr Verlässlichkeit gegenüber  
76 den Schulträgern vor Ort essentiell notwendig.  
77 Wir fordern, dass das im Landeshaushalt zweckgebundene Förderprogramm in Höhe von 30  
78 Millionen Euro zukünftig anteilig an die staatlichen Schulträger direkt für Schulinvestitionen  
79 ausgezahlt wird, um der intransparenten Fördermittelvergabe des Thüringer  
80 Bildungsministerium durch mehr Entscheidungsfreiheit vor Ort zu begegnen. Ergänzend dazu  
81 fordert die FDP Thüringen ein mehrjähriges Sonder-Investitionsprogramm für Thüringer  
82 Schulen in Höhe von 150 Millionen Euro aus der Thüringer Rücklage zu finanzieren und an



## 40. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen

am 08. Oktober 2022 in Sömmerda

---

### ANTRAG-NR. 02

---

Antragsinhalt: Thüringen 2030 aus den Augen unserer Kinder - Aus der Mitte heraus unseren Freistaat zukunftsfest gestalten

Antragsteller: KV Jena – Saale – Holzland

---

Der Landesparteitag möge beschließen:

83 die staatlichen Schulträgern als zweckgebundenes Globalbudget aus zu reichen. Um  
84 möglichen Inflationsgefahren aktiv zu begegnen und den Schulträgern auch mehr Zeit bei der  
85 Umsetzung und der Planung zu ermöglichen, soll das Sonder-Investitionsprogramm auf einen  
86 3-jährigen Umsetzungszeitraum angelegt werden in den Jahren 2023 bis 2025. Damit  
87 verbunden ist die Erwartung an die Schulträger und Kommunen vor Ort, ihr bisheriges  
88 Investitionsniveau in die Bildungseinrichtungen auch in Zukunft aufrechtzuerhalten, im Sinne  
89 einer gemeinsamen Kinder-Bildungsoffensive.

90 Mit Blick auf die notwendige Digitalisierung unserer Schulen fordern wir eine beschleunigte  
91 und konsequente Nutzung der Mittel des Digitalpakts für die flächendeckende digitale  
92 Infrastruktur an Schulen ohne überbürokratisierte Verfahren sowie eine Weiterführung des  
93 Digitalpakts Schule auch über das Jahr 2024 hinaus, insbesondere um im Rahmen eines  
94 Digitalpakts 2.0 die digitalen Ersatz- und Neuinvestitionen sowie die steigenden digitalen  
95 Sach- und Personalkosten zu finanzieren.

96

### 97 **3. Für einen digitalen Freistaat, welcher wieder die Trends der Zukunft setzt**

98 Sowohl der flächendeckende Ausbau von zeitgemäß schnellem Internet als auch die  
99 Digitalisierung von Behördengängen verlaufen in Thüringen schleppend.

100 Grund dafür ist das Kompetenzwarrir innerhalb der Landesregierung und der Mangel an  
101 echter Unterstützung der Kommunen. Die Institutionen in Thüringen, die den Kommunen  
102 helfen sollen, sind chronisch unterbesetzt und schieben sich gegenseitig die Aufgaben zu. Im  
103 Ergebnis haben wir verunsicherte Kommunen und Bürger.

104 Wir Freien Demokraten fordern zuverlässige Aussagen zur Finanzierung und Organisation für  
105 die Nachnutzung der OZG-Anwendungen. Die Kompetenzen für die Umsetzung des  
106 Onlinezugangsgesetzes wollen wir in einer Stelle bündeln. Kommunen brauchen einen  
107 Ansprechpartner, der Ihnen sagt, welche Finanziellen Mittel für die Intgration von ThaVEL  
108 und den anderen Landeseigenen Lösungen zu veranschlagen sind. Zu behaupten, dies sei alles  
109 ohne Kosten möglich, wie es derzeit passiert, ist keine seriöse Hilfe.

110 Kommunen wollen ihren Bürgern und Unternehmen einen zeitgemäßen Service bieten. Wir  
111 wollen sie in die Lage versetzen, dies auch zu tun.

112 Da die Kommunikation via Fax weder sicherer noch kostengünstiger ist als verschlüsselte E-  
113 Mail-Kommunikation streben wir einen Faxausstieg bis 2025 an.

114 Wir wollen weg von Förderprogrammen mit komplizierten Förderbedingungen (die sich auch  
115 im Nachhinein noch ändern können) hin zu einer verlässlichen Finanzierung.

116 Die Thüringer Glasfasergesellschaft soll wirklich nur dort in den Ausbau einbezogen werden,  
117 wo ein privatwirtschaftlicher Ausbau auch perspektivisch nicht rentabel ist. Eine Konkurrenz  
118 zu privaten Anbietern durch eine landeseigene Gesellschaft lehnen wir ab.

119 Der Mehrwert von Digitalisierung ist den Menschen im Privaten bewusst und auch  
120 Unternehmen haben diesen erkannt, diesen wollen wir auch in der Verwaltung in den  
121 Vordergrund stellen. Digitalisierung, wie sie derzeit vom Freistaat betrieben wird  
122 (Grundsteuerreform), schreckt die Bürger leider eher ab.

## 40. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen

am 08. Oktober 2022 in Sömmerda

### ANTRAG-NR. 02

Antragsinhalt: Thüringen 2030 aus den Augen unserer Kinder - Aus der Mitte heraus unseren Freistaat zukunftsfest gestalten

Antragsteller: KV Jena – Saale – Holzland

Der Landesparteitag möge beschließen:

123 Wir wollen eine Verwaltung, die ihre Arbeitsabläufe so digitalisiert, dass mehr Zeit für die  
124 Bürger und ihre Anliegen bleibt, statt einer Verwaltung, die sich durch schwer verständliche  
125 Internetseiten vom Bürger abschottet. Hierzu müssen vor allem die Prozesse in den Behörden  
126 systematisch erfasst, dokumentiert und effektiver gestaltet werden. So können hilfreiche  
127 digitale Prozesse eingerichtet werden.

128

#### 129 **4. Vielfalt der Mobilität auf dem Land und in der Stadt stärken**

130 Alle Kinder und Jugendlichen müssen zur Schule kommen - egal ob sie auf dem Land oder in  
131 der Stadt leben. Der Verkehrsverbund Mittelthüringen (VMT) hat sich als  
132 Nahverkehrsverbund bewährt. Wir Freien Demokraten wollen ihn ausbauen zu einem  
133 thüringenweiten Verkehrsverbund, welcher einen qualitativen, bedarfsgerechten und  
134 bezahlbaren öffentlichen Nahverkehr ermöglicht. Dieser soll die Bevölkerung in der Stadt und  
135 auf dem Land zusammenbringen und wechselseitige Interessen gleichermaßen  
136 berücksichtigen.

137 Wir fordern die Landesregierung auf, neben den Regionalisierungsmitteln des Bundes  
138 zusätzliche Finanzmittel für die ÖPNV-Infrastruktur im Landeshaushalt zur Verfügung zu  
139 stellen. Dies soll in einem Erhöhungspfad bis zum Jahr 2025 mindestens den prozentualen  
140 Durchschnitt aller Bundesländer an zusätzlichen Finanzmitteln erreichen. Insbesondere die  
141 Investitionen in Fahrzeuge, wie Straßenbahnen und Busse, dürfen nicht zurückgehen, damit  
142 die Kommunen eine Chance haben, ihren Beitrag zum Ausbau des ÖPNV zu leisten. Wir  
143 bekennen uns zum Prinzip Netzausbau und Qualität vor Kostenfreiheit. Aus dem 9-Euro-  
144 Ticket haben wir gelernt, dass es vor allem eine Vereinfachung der Tarifstrukturen ankommt.  
145 Eine direkte Fortsetzung des Programms ist nicht in Einklang zu bringen mit den  
146 Investitionsbedarfen, um die Qualität des ÖPNV angemessen zu verbessern.

147 Wir Freien Demokraten bekennen uns zum Auto als Möglichkeit der individuellen Mobilität -  
148 insbesondere auf dem Land. Die Tendenz der rot-rot-grünen Landesregierung bei  
149 Investitionen in den Straßenbau zu sparen, führt nicht nur zu einem Investitionsstau vor Ort  
150 sondern auch zu realen Staus in den Kommunen. Wir wollen unser landesweite und  
151 kommunale Straßennetz bedarfsgerecht Instand halten und notwendige Ortsumgehungen im  
152 Interesse der Lebensqualität der Menschen vor Ort ermöglichen.

153 Wir unterstützen den Bau von Radwegen zwischen Orten entlang von Landstraßen, nicht in  
154 Konkurrenz zu ihnen. Die Sicherheit von Fahrradfahren, insbesondere Schülern, muss hier  
155 gesichert werden. Um mit Ländern, bspw. wie Schleswig-Holstein, mitzuhalten, benötigen  
156 wir hier einen Umsetzungsturbo, sowohl bei den Finanzierungsmitteln als auch bei den  
157 Planungs- und Umsetzungsverfahren.

158

#### 159 **5. Stärkung von Familien als Mittelpunkt von Kindern und Jugendlichen**

160 Familie ist eine vom gewählten Lebensmodell unabhängige Gemeinschaft, in der Menschen  
161 Verantwortung füreinander übernehmen und füreinander da sind, unabhängig von einer  
162 Eheschließung oder der Form, in der sie zusammenleben. Insbesondere die Erziehung sowie  
163 das gesundheitliche und seelische Wohl der Kinder ist in unserer liberalen Überzeugung die

## 40. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen

am 08. Oktober 2022 in Sömmerda

---

### ANTRAG-NR. 02

---

Antragsinhalt: Thüringen 2030 aus den Augen unserer Kinder - Aus der Mitte heraus unseren Freistaat zukunftsfest gestalten

Antragsteller: KV Jena – Saale – Holzland

---

Der Landesparteitag möge beschließen:

164 Aufgabe von Eltern und Familien, frei von staatlicher Bevormundung und ungerechtfertigter  
165 Einmischung eines übergreifenden Staates. Wir Freien Demokraten nehmen Familien ernst  
166 und wollen sie von unnötigen staatlichen Belastungen befreien. Die linksgeführte  
167 Landesregierung hat die Belange von Menschen mit Kindern gerade während der Corona-  
168 Pandemie vernachlässigt und bspw. durch Last-Minute-Kommunikation verunsichert und vor  
169 große Herausforderungen gestellt.

170 Wir müssen zugleich feststellen, dass immer mehr Kinder Zeiten Ihres Erwachsenwerdens in  
171 einem Kinderheim verbringen bzw. die Anzahl Inobhut genommener Kinder Jahr für Jahr  
172 weiter ansteigt, obwohl die staatlichen finanziellen Leistungen u.a. für Kinder- und  
173 Jugendhilfe, Schulsozialarbeit sowie Familienförderungen in Thüringen zunehmend sind. Für  
174 uns Freie Demokraten steht das Kindeswohl in den Familien im Mittelpunkt. Wir fordern die  
175 gemeinsame Ergreifung von Initiativen auf allen politischen Ebenen, den Ursachen für  
176 staatliche Inobhutnahmen präventiv entgegenzuwirken, u.a. die Suchtberatungsstellen vor  
177 Ort organisatorisch und strukturell zu stärken und die Attraktivität und Anreize zur  
178 Gewinnung von mehr Pflegefamilien substanziell zu verbessern.

179 Wir wollen mit öffentlichen Familienförderungen zukünftig vor allem in Kinder und Familien  
180 investieren und nicht in ineffiziente Organisationsstrukturen der Sozialwirtschaft.  
181 Dahingehend fordern wir, alle finanziellen Förderungen im Bereich der Kinder-, Jugend- und  
182 Familienhilfe, u.a. aus dem Thüringer Familienförderungssicherungsgesetz und dem  
183 Thüringer Kinder- und Jugendhilfe-Ausführungsgesetz, zu überprüfen hinsichtlich ihres  
184 Förderauftrages und ihrer Wirksamkeit sowie hinsichtlich der Effizienz und Effektivität des  
185 Fördervolumens.

186

#### 187 **6. Eine neue Verantwortungskultur für Thüringen**

188 Viele Menschen in Thüringen erreichen nach einem arbeitsintensiven Leben in Beruf und  
189 Ehrenämtern in den kommenden 10 Jahre die Rente bzw. überlegen, wie Sie Ihre Firmen - Ihr  
190 "Lebenswerk" - an die nächste Generation übergeben bzw. in den Vereinen die ehrenamtliche  
191 Verantwortung in neue Hände legen. Auch in den zahlreichen blauen und weißen  
192 Rettungsdiensten sowie Vereinen muss die Verantwortung und das ehrenamtliche  
193 Engagement an die kommenden Generationen übergehen, um der Funktionsfähigkeit und dem  
194 gesellschaftlichen Leben in Thüringen neue Impulse zu geben. Damit Hand in Hand gehend  
195 ist auch die Übernahme von Verantwortung in kommunalpolitischen Ehrenämtern in  
196 Rathäusern sowie in Gemeinde- und Stadträten.

197 Thüringen braucht eine neue Verantwortungskultur, um den Generationswandel erfolgreich in  
198 den nächsten Jahren zu meistern.

199 Wir wollen bereits in den Thüringer Schulen Kenntnisse über unser Wirtschaftssystem mit auf  
200 den Weg geben und ihren Gründergeist sowie die Innovationsfreude und die Übernahme von  
201 Verantwortung schon im Schulalter fördern. "Traumberuf Chef" muss zum Lebenswunsch  
202 vieler junger Menschen werden, damit nicht zahlreiche Handwerksunternehmen und andere  
203 Gewerbe aufgrund fehlender Unternehmensnachfolge in den kommenden Jahren von der  
204 Bildfläche verschwinden. Damit einhergehend ist auch die Übernahme von sozialer

## 40. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen

am 08. Oktober 2022 in Sömmerda

---

### ANTRAG-NR. 02

---

Antragsinhalt: Thüringen 2030 aus den Augen unserer Kinder - Aus der Mitte heraus unseren Freistaat zukunftsfest gestalten

Antragsteller: KV Jena – Saale – Holzland

---

Der Landesparteitag möge beschließen:

205 Verantwortung jedes Einzelnen in unserer Gesellschaft. Bei tausenden von offenen Arbeits-  
206 oder Ausbildungsstellen, ist es für Jeden - der arbeiten kann und will - möglich eine Arbeit  
207 oder Ausbildung zu finden und wahrzunehmen. Dies erachten wir gegenüber den wirklich  
208 Bedürftigen, welche den Schutz und Unterstützung unseres Sozialstaates brauchen, für  
209 zwingend notwendig. Deswegen fordern wir Freie Demokraten sozialstaatliche  
210 Verantwortung anstatt staatlich subventionierte Arbeit oder staatlichen, nicht-betrieblichen  
211 Ausbildungsgarantien.  
212 Neben der Übernahme von wirtschaftlichen Verantwortung ist das Ehrenamt unverzichtbar  
213 für unsere Gesellschaft. Wir Freien Demokraten treten dafür ein, dass gesellschaftliches  
214 Engagement und die Bereitschaft Verantwortung zu übernehmen aus Überzeugung und  
215 Freiwilligkeit ohne Zwang erfolgt. Eine verpflichtendes Gesellschaftsjahr lehnen wir Freie  
216 Demokraten ab. Um so wichtiger ist es, die Rahmenbedingungen für ehrenamtliches  
217 Engagement von bürokratischen Lasten und Entwicklungsbremsen zu befreien.  
218 Vor allem im Bereich der Rettungsdienste ist es substanziell, notwendige Aus- und  
219 Weiterbildungen auch organisatorisch zu ermöglichen. Insbesondere für das Feuerwehrwesen  
220 ist es wichtig, dass die Landesfeuerwehr- und Katastrophenschutzschule schnellstmöglich  
221 sowohl baulich als auch personell zukunftsfest weiterentwickelt wird und notwendige  
222 Investitionen ermöglicht werden.

223

224 **Begründung**  
225 erfolgt mündlich

226

227 (\*) wörtlich steht dort (Quelle: [https://www.insm-  
228 bildungsmonitor.de/2022\\_best\\_thueringen.html](https://www.insm-<br/>228 bildungsmonitor.de/2022_best_thueringen.html))

229

230 Inpoteffizienz (BM 2022: 15. Platz): Die Altersstruktur der Lehrkräfte an den  
231 allgemeinbildenden Schulen ist sehr unausgewogen – nur in Sachsen-Anhalt war die  
232 Altersverteilung im Jahr 2020 noch ungleichmäßiger als in Thüringen. Auch an den  
233 beruflichen Schulen ist die Altersstruktur der Lehrkräfte relativ unausgewogen. Hier nimmt  
234 Thüringen sogar den letzten Platz aller Bundesländer ein. Dies belastet eine langfristig  
235 effiziente Personalpolitik.

236 Digitalisierung (BM 2022: 13. Platz): Verbesserungsbedarf gibt es in Thüringen bei der  
237 Ausstattung der Schulen mit schnellem WLAN und der täglichen Nutzung von digitalen  
238 Medien im Schulunterricht. Unterdurchschnittlich fällt auch die Ausbildungsleistung im IT-  
239 Bereich aus. Die Anzahl der neuen betrieblichen Ausbildungsverträge im IT-Bereich pro  
240 100.000 Erwerbstätige ist mit 23 deutlich geringer als im bundesdeutschen Durchschnitt  
241 (43,6). Die Anzahl der IT-Hochschulabsolventen pro 100.000 Erwerbstätige beträgt 38,6 und  
242 fällt damit ebenfalls unterdurchschnittlich aus (Bundesdurchschnitt: 69,5). Bei der Anzahl der  
243 Digitalisierungspatente je 100.000 Beschäftigte befindet sich Thüringen im Mittelfeld der  
244 Bundesländer.

**40. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen**

**am 08. Oktober 2022 in Sömmerda**

---

**ANTRAG-NR. 02**

---

Antragsinhalt: Thüringen 2030 aus den Augen unserer Kinder - Aus der Mitte heraus unseren Freistaat zukunftsfest gestalten

Antragsteller: KV Jena – Saale – Holzland

---

Der Landesparteitag möge beschließen:

245 (\*\*) vgl [https://de.statista.com/statistik/daten/studie/909240/umfrage/personalschlüssel-in-](https://de.statista.com/statistik/daten/studie/909240/umfrage/personalschlüssel-in-kindergartengruppen-nach-bundeslaendern/)  
246 [kindergartengruppen-nach-bundeslaendern/](https://de.statista.com/statistik/daten/studie/909240/umfrage/personalschlüssel-in-kindergartengruppen-nach-bundeslaendern/)  
247

## 40. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen

am 08. Oktober 2022 in Sömmerda

---

### ANTRAG-NR. 03

---

Antragsinhalt: Faire Finanzierung für freie Schulen

Antragsteller: Junge Liberale Thüringen, Franziska Baum, Marco Göring

---

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Wir fordern ein Umdenken in der Förderung von Schulen in freier Trägerschaft im Freistaat.
- 2 Konkret fordern wir die Neuberechnung der Schülerkostenjahresbeiträge anhand einer
- 3 vollumfänglichen Berechnung der staatlichen Kosten pro Schüler an staatlichen Schulen
- 4 (aufgeschlüsselt nach Schulform), korrigiert um staatliche Leistungen, von denen auch
- 5 Schulen in freier Trägerschaft profitieren.
- 6 Um die Planungssicherheit von Schulen in freier Trägerschaft zu erhalten, soll die Förderung
- 7 anhand des Mittelwertes der Schülerkostenjahresbeiträge der vergangenen 3 Jahre berechnet
- 8 werden.
- 9
- 10 **Begründung:**
- 11 Schulen in freier Trägerschaft (freie Schulen) sind wichtiger Bestandteil der Thüringer
- 12 Schullandschaft.
- 13 Durch die ihnen mögliche Freiheit der Gestaltung von schulischer Bildung können innovative
- 14 Lernkonzepte dort wesentlich schneller Fuß fassen, Alternativen zu rein staatlichen Schulen
- 15 geschaffen werden und Schülern, Eltern und Lehrern vor Ort mehr Mitsprache eingeräumt
- 16 bekommen.
- 17 Die Verfassung unseres Freistaats erhebt daher die Förderung freier Schulen zur
- 18 Staatsaufgabe. Aus liberaler Sicht muss die Förderung freier Schulen vergleichbar mit der von
- 19 staatlichen Schulen sein. Die aktuelle Ausgestaltung dieser Förderung benachteiligt allerdings
- 20 strukturell freie Schulen.
- 21 Das aktuelle Fördermodell geht von der Finanzierung durch drei Säulen aus: Freie Schulen
- 22 werden finanziert durch den Träger, durch die Eltern und den Staat, der pro Schüler 80% der
- 23 Schülerkostenjahresbeiträge eines Schülers an einer staatlichen Schule derselben Schulform
- 24 fördert.
- 25 Allerdings entsprechen diese Schülerkostenjahresbeiträge keineswegs den jährlichen Kosten
- 26 eines Schülers für den Staat, sondern entspringen einem für uns nicht nachvollziehbaren
- 27 Berechnungssystem.
- 28 Begründet wird dies damit, dass an freien Schulen im Vergleich zu staatlichen Schulen
- 29 bestimmte Kosten, wie z.B. Beamtenpensionen, nicht anfallen.
- 30 Dem Staat sollte die Bildung eines Schülers allerdings nicht weniger wert sein, nur weil er
- 31 eine freie Schule besucht. Daher fordern wir „Gleiches Geld für Gleiche Schüler“ und eine
- 32 entsprechende Neuberechnung der Schülerkostenjahresbeiträge.
- 33 Die mangelnde Förderung hat diverse negative Auswirkungen, bei denen allesamt die Schüler
- 34 die Leidtragenden sind.
- 35 So bleibt die Qualität der Bildung an Schulen freier Trägerschaft – die heute schon häufig
- 36 über dem Niveau staatlicher Schulen liegt – hinter dem Möglichen zurück.
- 37 Die Übertragung der Finanzierungslücke auf Träger stellt weiterhin ein großes Hemmnis für
- 38 die Aufnahme und Betrieb von freien Schulen dar und schränkt somit die Vielfältigkeit der
- 39 Thüringer Schullandschaft grundlos ein.
- 40 Zuletzt ist es aus liberaler Sicht auch fragwürdig, den Eltern hohe Kosten aufzubürden, wenn
- 41 sie bereits staatliche Schulen finanzieren.

**40. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen  
am 08. Oktober 2022 in Sömmerda**

---

**ANTRAG-NR. 04**

---

**Antragsteller:** Michael Schubert der Liberalen Ampelpolitik

---

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Seit dem Dezember 2021 wird unser Land durch die sogenannte Ampel regiert. Ein  
2 Zusammenschluss aus SPD, Bündnis 90/Grüne und der FDP.  
3 Die FDP trat in die Koalition ein, um liberale Werte voranzubringen. Einen Aufbruch zu  
4 gestalten. Nach 12 Jahren Stillstand in der Großer Koalition unter SPD und CDU alte Zöpfe  
5 abzuschneiden. Aber was haben wir nach nun fast einem Jahr Ampel erreicht? Wir haben eine  
6 Einrichtungsbezogene Impflicht, die dem Wahlprogramm der FDP entgegensteht. Wir haben  
7 ein Sondervermögen für die Bundeswehr, also ein Haushalt am Haushalt vorbei und damit in  
8 weiteres gebrochenes Wahlversprechen (#Schuldenbremse).  
9 Daraus resultiert dieser Antrag an den Parteitag, an den Landesvorstand und vor allem an die  
10 beiden Thüringer MdBs auf die Bundestagsfraktion und die Parteiführung einzuwirken,  
11 entweder eine 180° Wende zurück zu liberalen Werten, zurück zum Wahlprogramm  
12 hinzulegen oder aber die Ampel stehenden Fußes zu verlassen.

13

14 **Begründung:**

15 Wir können und dürfen als Liberale so nicht weiter machen. Wir haben gesehen, wohin es  
16 eine Partei bringt, wenn sie den sozialdemokratischen Weg geht. Die SPD selbst verliert Wahl  
17 um Wahl, in Bayern aktuell knapp über der 5 %. Die CDU von 40 % runter auf um die 20 %, die  
18 Thüringer CDU ist nicht mal mehr größte Oppositionspartei. Wir als Liberale müssen das  
19 erkennen und dürfen diese Fehler nicht auch machen.

20 Wir müssen endlich deutlich machen, dass wir die grünsozialistische Politik der anderen  
21 Koalitionäre nicht mehr mittragen werden. Aus der Politik des „wir verhindern Schlimmeres“  
22 muss entweder ein Umsetzen des Wahlprogrammes werden oder ein „Lieber nicht regieren,  
23 als weiter schlecht regieren!“ werden, um den Parteivorsitzenden zu zitieren.

24 Jede Abgeordnete und jeder Abgeordnete ist ihrem oder seinem Gewissen verpflichtet, aber  
25 jede und jeder ist auch den tausenden Liberalen im Land verpflichtet die mit und für sie  
26 Wahlkampf gemacht hat und die sie mit ihrer Politik enttäuschen (Siehe Pressemeldung der  
27 KV Stralsund).

## 40. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen

am 08. Oktober 2022 in Sömmerda

---

### ANTRAG-NR. 05

---

Antragsinhalt: Reform der Gesetzlichen Krankenversicherung JETZT: Strukturen neuordnen, Entlastungspotenziale ausschöpfen, langfristige Finanzierungssicherheit schaffen

Antragsteller: LFA IV, Kreisverband Wartburgkreis-Eisenach

---

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die gesetzliche Krankenversicherung versichert und versorgt 73 Millionen Menschen in  
2 diesem Land. Das sind 90 Prozent der Bevölkerung. Doch steht das beitragsfinanzierte und  
3 durch Steuerzuschüsse ergänzte Umlagesystem der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV)  
4 vor gewaltigen Herausforderungen, die sowohl die Einnahme- als auch die Ausgabenseite  
5 betreffen.
- 6 Auf der Ausgabenseite existieren Strukturen, die den tatsächlichen Gegebenheiten nicht mehr  
7 entsprechen. Die Auswirkungen der Urbanisierung in Verbindung mit der demographischen  
8 Entwicklung verändern nicht nur die Bevölkerungsstruktur auf dem Land, sondern auch den  
9 jeweiligen medizinischen Versorgungsbedarf. Der Bedarf einer alternden Bevölkerung  
10 verändert sich in Richtung steigender Multimorbidität und chronischer Erkrankungen.
- 11 Ehemals stationäre Leistungen können aufgrund des medizinisch-technischen Fortschritts  
12 zunehmend in ambulanten Strukturen erbracht werden. Der Umfang, der im Rahmen der  
13 Erweiterten Ambulanten Versorgung (EAV) genannten Krankheitsbilder und Diagnosen, hat  
14 sich mehr und mehr erhöht. Gleichwohl wird das Ambulantisierungspotenzial nicht  
15 ausgeschöpft
- 16 Die Einnahmeseite ist trotz der Ergänzung um Steuerzuschüsse nicht in der Lage, die  
17 Finanzierung der GKV zu sichern. So hat der Haushaltsgesetzgeber den Bundeszuschuss für  
18 2022 nochmals um sieben Milliarden Euro auf den Rekordwert von 28,5 Mrd. Euro erhöht.
- 19 Der demographische Wandel fordert das System zusätzlich heraus, weil die Alterung der  
20 Gesellschaft die Nachfrage nach Leistungen im Gesundheitsbereich verstärken, während sich  
21 die daraus resultierenden steigenden Lasten auf immer weniger Schultern verteilen. Das  
22 Umlageverfahren ist nur solange solidarisch, solange es gelingt, eine ausgeglichene  
23 Ausgestaltung zwischen den Generationen herzustellen. Der eingeschlagene Weg über eine  
24 Dynamisierung der Bundeszuschüsse ist der falsche Ansatz. Höhere Steuerzuschüsse  
25 schränken dagegen die Freiheit der aktuellen Steuerzahler, aber auch zukünftiger  
26 Generationen massiv ein. So werden die heute zugesagten Leistungen im Wesentlichen über  
27 neue Schulden finanziert. Tilgung und Zinszahlungen gehen dann zulasten der nachfolgenden  
28 Generationen.
- 29 Wir unterstreichen daher die Notwendigkeit, eine grundlegende Neujustierung des Systems zu  
30 entwickeln, um die GKV generationengerecht zukunftsfit zu machen. Dabei sind folgende  
31 Maßnahmen auf der Ausgabenseite zu ergreifen:
- 32 1. Die Notwendigkeit einer Durchführung von Strukturreformen sind seit über einem  
33 Jahrzehnt in der Diskussion. Dazu gehört auch eine Reform der  
34 Krankenhausstrukturen. Zukünftig ist eine stringente Ausrichtung der stationären  
35 Versorgungsstruktur am regionalen Bedarf der Bevölkerung innerhalb eines  
36 bundeseinheitlichen Ordnungsrahmens erforderlich, der die bestehenden ambulanten  
37 Strukturen beachtet. Dabei wollen wir das Ambulantisierungspotenzial im  
38 Krankenhaus durch den Abbau von Überkapazitäten und Reduktion von ASK-Fällen  
39 nutzen sowie die gestufte Versorgung von beispielsweise maximalversorgenden und  
40 spezialversorgenden Krankenhäusern stärken. Auch sollen neue Intermediärstrukturen  
41 wie Intersektorale Gesundheitszentren (IGZ) und Ambulant-Stationäre Zentren (ASZ)



## 40. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen

am 08. Oktober 2022 in Sömmerda

---

### ANTRAG-NR. 05

---

Antragsinhalt: Reform der Gesetzlichen Krankenversicherung JETZT: Strukturen neuordnen, Entlastungspotenziale ausschöpfen, langfristige Finanzierungssicherheit schaffen

Antragsteller: LFA IV, Kreisverband Wartburgkreis-Eisenach

---

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 42 eingeführt und Teil der Versorgungslandschaft werden. Die ambulante Versorgung  
43 durch Krankenhäuser soll nur unter der Prämisse eines fairen Qualitätswettbewerbs  
44 gleich langer Spieße erfolgen.
- 45 2. Langfristig ist es notwendig, im Krankenhausbereich zu einer monistischen  
46 Finanzierung überzugehen. Eine Planungshoheit der Krankenkassen lehnen wir ab.
- 47 3. Die Beteiligungssätze von ALG-II-Empfängern benachteiligen steuerzahlende GKV-  
48 Versicherte doppelt und belastet das Gesamtsystem. Diese Aufwendungen iHv 10  
49 Mrd. Euro müssen aus dem Haushalt des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales  
50 haushaltsneutral finanziert werden.
- 51 4. Um das System der GKV zu entlasten und Gesundheitsausgaben zu reduzieren, ist  
52 eine Reduzierung der Mehrwertsteuer auf Arzneimittel und Hilfsmittel vorzunehmen.  
53

54 Auf der Einnahmeseite sind folgende Maßnahmen zu ergreifen:

- 55 1. Die Länder sind aufgefordert, ihren gesetzlichen Verpflichtungen zur Finanzierung der  
56 Krankenhäuser vollständig gerecht zu werden und Investitionslücken in  
57 kapitalintensiven Krankenhausbereichen zu schließen.
- 58 2. Stärkung des Wettbewerbsprinzips bei den Krankenkassen. Ein verstärkter  
59 Wettbewerb zwischen den Krankenkassen birgt große Effizienzpotentiale. So muss der  
60 in § 92 SGB V normierte „Erlaubnisvorbehalt“ bei den Krankenkassen fallen.  
61 Krankenkassen erhalten die Möglichkeit, Behandlungsmethoden aufzunehmen und zu  
62 finanzieren und so den Zugang von Innovationen in das System zu erleichtern. Dies  
63 gilt solange, bis der G-BA entschieden hat. Kassen können auf Grundlage  
64 evidenzbasierter Studien individuelle Behandlungsmethoden für eine Testperiode in  
65 den Leistungskatalog aufnehmen. Am Ende der Testperiode entscheidet der G-BA.
- 66 3. Weiterhin setzen wir auf mehr Transparenz und Wettbewerb um Bürokratiekosten bei  
67 den Krankenkassen. Verwaltung und Bürokratie jeder Krankenkasse sollen zukünftig  
68 durch einen kassenindividuellen Verwaltungsbeitrag und nicht mehr aus dem  
69 allgemeinen Beitragssatz und dem Gesundheitsfonds finanziert werden. So soll sich  
70 der Gesamtkrankenkassenbeitrag zukünftig transparent aus dem allgemeinen  
71 Beitragssatz, dem Zusatzbeitrag und dem Verwaltungskostenbeitrag zusammensetzen.  
72 So wird Bürokratie im Wettbewerb rasch reduziert.
- 73 4. Zur langfristigen Stabilisierung der GKV fordern wir die Einführung der  
74 kapitalgedeckten Fondsfinanzierung als dritte Säule neben der Umlage- und  
75 Steuerfinanzierung. Als Vorbild könnte der norwegische Staatsfonds dienen, der  
76 politisch völlig unabhängig agiert und in den letzten zwei Jahrzehnten durchschnittlich  
77 knapp 6 % an Erträgen erwirtschaftet hat. So könnte über einen über 10-15 Jahre  
78 angelegten Absicherungs- und Zukunftsfonds ein Belastungsschutz für künftige  
79 Generationen geschaffen werden. Die über den Fonds erwirtschafteten Erträge könnten  
80 der GKV zugutekommen und die Finanzierungslücke in den ersten beiden Säulen  
81 schließen. Der Kapitalaufbau könnte aus Steuermitteln (etwa Tabak- und  
82 Alkoholsteuer), Bundesanleihen und/oder einer Ein-Prozent-Beitragsabgabe erfolgen.

## 40. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen

am 08. Oktober 2022 in Sömmerda

---

### ANTRAG-NR. 05

---

Antragsinhalt: Reform der Gesetzlichen Krankenversicherung JETZT: Strukturen neuordnen,  
Entlastungspotenziale ausschöpfen, langfristige Finanzierungssicherheit schaffen

Antragsteller: LFA IV, Kreisverband Wartburgkreis-Eisenach

---

Der Landesparteitag möge beschließen:

83 Die Kapitalbasis des Absicherungs- und Zukunftsfonds könnte in Aktien, Immobilien  
84 und Anleihen angelegt werden. Denkbar wäre auch die Bereitstellung von venture  
85 capital an Gründer und start-ups. Die Überschüsse aus dem von staatlicher  
86 Einflussnahme unabhängigen Fonds fließen zu einem Großteil in die Refinanzierung  
87 der Sozialversicherungssysteme, während 10% in den Zukunftsfonds reinvestiert  
88 werden.

89

90 **Begründung:**  
91 erfolgt mündlich.

## 40. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen

am 08. Oktober 2022 in Sömmerda

---

### ANTRAG-NR. 06

---

Antragsinhalt: Investoren im Gesundheitswesen als Baustein einer bedarfsgerechten Versorgung

Antragsteller: LFA IV, Kreisverband Wartburgkreis-Eisenach

---

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Mit der Etablierung der Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) wurde der Zugang zur  
2 vertragsärztlichen Versorgung für arztfremde Akteure erleichtert. Fachübergreifende  
3 ambulante, aber auch intersektorale medizinische Einrichtungen sind Bausteine einer  
4 bedarfsgerechten Versorgungslandschaft. Deutschland braucht mehr denn je private  
5 Investitionen in die Versorgungsstrukturen. Durch private Investoren im Gesundheitswesen  
6 können Defizite staatlicher Finanzierung ausgeglichen werden.  
7 Investitionen in die Versorgungsstrukturen müssen nachhaltigkeits- und qualitätsorientierten  
8 Grundsätzen Rechnung tragen. Und dafür braucht es klare gesetzliche Rahmenbedingungen.  
9 Nur so kann eine allumfassende Patientenversorgung langfristig sichergestellt und die Freiheit  
10 ärztlicher Entscheidungen, was Diagnose und Therapie betrifft, geschützt werden.  
11 Zur Sicherung einer bedarfsgerechten und wohnortnahen Versorgung unter Einbeziehung  
12 privater Investoren sind folgende Maßnahmen zu ergreifen:
- 13 1. Die Zulassungsvoraussetzungen sind erneut zu prüfen, sobald sich die Trägerstruktur,  
14 Gesellschaftsform oder die Verteilung von Gesellschafts- bzw. Stimmrechten oder die  
15 wirtschaftliche Berechtigung an einem zugelassenen medizinischen  
16 Versorgungszentrum in einem Zeitraum von 10 Jahren nach dem Tag der Zulassung  
17 zur vertragsärztlichen Versorgung ändern.
  - 18 2. Die Zulassung ist zu entziehen, wenn innerhalb von 5 Jahren nach dem Tag der  
19 Zulassung die Mehrheit der Gesellschaftsanteile veräußert wird oder ein Wechsel in  
20 der wirtschaftlichen Berechtigung an der Versorgungsstruktur eintritt. Dies gilt nicht  
21 für die Fälle des § 95 Absatz 6 SGB V.
  - 22 3. Beauftragung der gemeinsamen Selbstverwaltung mit der Einrichtung eines  
23 Transparenzregisters hinsichtlich der Trägerstrukturen und wirtschaftlichen  
24 Berechtigungen an ambulanten und stationären Versorgungsstrukturen; Regelung der  
25 Ausgestaltung über vierseitige Verträge der Partner der gemeinsamen  
26 Selbstverwaltung (GKV-Spitzenverband, Kassen(zahn)ärztliche  
27 Bundesvereinigungen, Deutsche Krankenhausgesellschaft).
  - 28 4. Aufnahme einer Verpflichtung, dass der ärztliche Leiter eines Medizinischen  
29 Versorgungszentrums (MVZ) stets ein zugelassener Vertragsarzt sein muss, der - ab  
30 drei im Medizinischen Versorgungszentrum tätigen Ärzten - in Vollzeit im  
31 Medizinischen Versorgungszentrum beschäftigt sein muss.
  - 32 5. Fachübergreifende ambulante aber auch intersektorale medizinische Einrichtungen  
33 sind Bausteine einer bedarfsgerechten Versorgungslandschaft. Für künftige MVZ-  
34 Gründungen sollte daher das Kriterium „fachübergreifend“ wieder eingeführt werden.  
35 Dieses ist mit dem GKV-Versorgungsstärkungsgesetz (2015) entfallen, sodass seither  
36 auch „fachgleiche“ MVZ zulässig sind.
  - 37 6. Um Rosinenpickerei zu vermeiden, sollten Leistungsspektren fachgruppenbezogen im  
38 BMV-Ä festgelegt und so der durch eine volle vertragsärztliche Zulassung vermittelte  
39 Sicherstellungsauftrag definiert werden. Wird dieses Leistungsspektrum unterlaufen,  
40 kann das bis hin zum Zulassungsentzug sanktioniert werden.
- 41

## 40. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen

am 08. Oktober 2022 in Sömmerda

---

### ANTRAG-NR. 06

---

Antragsinhalt: Investoren im Gesundheitswesen als Baustein einer bedarfsgerechten Versorgung

Antragsteller: LFA IV, Kreisverband Wartburgkreis-Eisenach

---

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 42 Die Ungleichbehandlung von Vertragsärzten gegenüber Medizinischen Versorgungszentren  
43 (MVZ) in § 103 SGB V ist an geeigneter Stelle durch folgende Regelungsinhalte aufzuheben:  
44 1. Wegen der bis heute nicht erfolgten Überarbeitung der Bedarfsplanungsrichtlinie  
45 durch die gemeinsame Selbstverwaltung und einer so noch immer auf einer  
46 realitätsfernen Grundlage aufbauenden Regelungen zur Ablehnung von  
47 Nachbesetzungsverfahren bei festgestellter Überversorgung von 140 Prozent durch die  
48 Landesausschüsse (§ 103 Absatz 1 Satz 3 SGB V) bei niedergelassenen Ärztinnen und  
49 Ärzten sollte diese Regelung - entgegen dem Vorschlag des Gesetzgebers - gerade  
50 nicht auf Medizinische Versorgungszentren (MVZ) ausgedehnt, sondern auch für alle  
51 anderen an der ambulanten ärztlichen Versorgung Beteiligten ausgesetzt werden.  
52 2. Aufhebung der für niedergelassene Ärztinnen und Ärzte bundesmantelvertraglich  
53 bestehenden Grenzen zur Anstellung von weiteren Ärztinnen und Ärzten (analog zu  
54 Medizinischen Versorgungszentren (MVZ)).  
55

56 **Begründung:**  
57 erfolgt mündlich.